

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.00 einschließlich des „Licht-Unterhaltungsblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichs-Postanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberküchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterküchengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Hg. Im Reklameteil die Zeile 50 Hg. — Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Hg. — Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verlagspreis Nr. 110.

66. Jahrgang.

Nr. 77.

Donnerstag, den 3. April

1919.

Verordnung über die Einfuhr von frischem Auslands Gemüse und Obst.

Zur Ausführung der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst über die Einfuhr von Auslands Gemüse und Obst in der Zeit vom 1. April bis 1. September 1919 getroffenen Bestimmungen wird auf Grund der Reichskanzlerbekanntmachung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (RWB. S. 307) und der Bundesratsverordnung über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 9. / 4. 11. 15 (RWB. S. 607/728) folgendes angeordnet:

Ab 1. April 1919 erfolgt die Einfuhr von Gemüse und Obst aus dem Auslande nicht mehr zentralisiert durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst, sondern wird dem Handel freigegeben. Mit Rücksicht auf den Stand der Währung kann die Einfuhr jedoch nur innerhalb begrenzter Geldbeträge stattfinden, welche die Reichsstelle jeweils auf kürzere Zeitspannen für die einzelnen deutschen Gliedstaaten festsetzt. Die Reichsstelle hat deshalb bestimmt, daß die Einfuhr nur mit Genehmigung der Landesstelle für Gemüse und Obst zulässig ist und daß der Einkauf der Waren nur mit Genehmigung der Reichsbank erfolgen darf, die ihre Zustimmung nur erteilt, wenn die Genehmigung der Landesstelle für Gemüse und Obst vorliegt, die zunächst nachzuführen ist.

Die Landesstelle erteilt, soweit die von der Reichsstelle freigegebenen Geldbeträge dazu ausreichen, die Genehmigung an Händler, die

1. nachweisen, daß sie die Großhandelsgenehmigung für Gemüse und Obst nach § 9 der Reichskanzlerbekanntmachung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (RWB. S. 307) besitzen, und die außerdem
2. als zuverlässig bekannt sind, entsprechende Geschäftsbeziehungen zum Auslande haben und die erforderlichen Geldmittel nachweisen (die Landesstelle ist berechtigt, vor Erteilung der Genehmigung Auskünfte über Antragsteller einzuholen) und die außerdem nachweisen, daß die Zahlung nach einer der nachstehend unter a) und b) genannten Arten erfolgt und daß die vor ihm zu zahlenden Preise sich in angemessenen Grenzen halten.

Die Zahlung kann dadurch erfolgen, daß

- a) die Kaufsumme höchstens zu $\frac{1}{2}$ in bar durch Devisen bezahlt wird, der Rest der Kaufsumme dagegen dem Einfuhrhändler auf mindestens 6 Monate vom Tage der Einfuhr ab in ausländischer Währung gestundet wird, oder daß
- b) zur Bezahlung ein bereits im Auslande bestehendes, nicht durch Einzahlung bei einer deutschen Bank im Inlande geschaffenes Guthaben verwendet wird.

Die Gültigkeit der Einfuhrgenehmigung ist auf die Dauer eines Monats beschränkt; sie kann auf Antrag ausnahmsweise durch die Landesstelle um einen weiteren Monat verlängert werden.

Gegen die Entscheidung der Landesstelle für Gemüse und Obst ist im Falle der grundsätzlichen dauernden Ausschließung des Antragstellers von der Gemüse- und Obst-Einfuhr Beschwerde an das Wirtschaftsministerium zulässig. Dieses entscheidet endgültig. Die Beschwerde ist bei deren Verlust binnen 8 Tagen nach der Zustellung des abschließenden Bescheides schriftlich und mit Begründung versehen zu erheben.

Gegen Ausschließung der Einfuhrgenehmigung ist von dem Geschäftsteller bis auf weiteres eine Gebühr in Höhe von $\frac{1}{2}$ des bewilligten Wertes der Einfuhr zum Lagerkurs für die Reichsstelle für Gemüse und Obst zu erheben.

Sobald die Reichsstelle für eine Zeitspanne den auf Sachsen entfallenden Geldbetrag festgesetzt hat, erfolgt die Einforderung der Anträge auf Einfuhrgenehmigungen durch öffentliche Bekanntmachung im Staatsanzeiger unter Festsetzung einer Einreichungsfrist. Vor dem Ablauf der Bekanntmachung und nach Verstreichen der Frist eingereichte Anträge können keine Berücksichtigung finden. Die oben unter 1) und 2) sowie a) und b) geforderten Nachweise sind dem Antrag beizufügen. In dem Antrag muß angegeben sein Art, Menge und Wert der Ware in ausländischer Währung, Herkunftsland, Empfänger und Grenzübergangsort. Will der Geschäftsteller die Waren über verschiedene Grenzübergangsorte beziehen, so hat er anzugeben, welche Mengen und in welchen Werten (in ausländischer Währung) diese über die verschiedenen Grenzübergangsorte laufen sollen. Dem Antrag sind die vorgeschriebenen Vorzüge für die Einfuhrgenehmigung der Reichsbank gehörig ausgefüllt in dreifacher Ausfertigung beizufügen. Vorzüge sind bei den Handelskammern erhältlich. Die Anträge sind bei der Geschäftsabteilung der Landesstelle für Gemüse und Obst in Dresden-N., Hospitalstraße 10 b, einzureichen.

II.

Ist die Einfuhrgenehmigung seitens der Landesstelle erteilt, so ist der Geschäftsteller zum Einkauf und zur Einfuhr der Ware berechtigt, auch wenn die Genehmigung der Reichsbank noch aussteht. Der Einfuhrhändler ist verpflichtet, den Wert der Ware in ausländischer Währung, bei Einfuhr von Teilmengen den Wert der Teilmenge, auf dem Frachtbrief anzugeben.

Der Einführende ist verpflichtet, alles von ihm mit Genehmigung der Landesstelle eingeführte Gemüse und Obst ausschließlich in Sachsen abzugeben. Der Einführende ist verpflichtet, der Geschäftsabteilung der Landesstelle oder der von dieser bestimmten Stelle die Einfuhr der Ware spätestens bei deren Einlaufen über die deutsche Reichsgrenze mitzuteilen und dabei die Einstandslosten nachzuweisen. Die Geschäftsabteilung der Landesstelle oder die von dieser bestimmten Stelle ist berechtigt, dem Einführenden zwecks regelmäßiger Verteilung der Ware auf die sächsischen Bedarfsgebiete zu angemessenen Preisen Anweisung zu erteilen, die Waren zu bestimmten Preisen und in bestimmten Kommunalverbänden, nötigenfalls an bestimmte Empfänger abzugeben. Die Einführenden sind zur Einhaltung dieser Anweisungen verpflichtet, ebenso die Weiterverkäufer der Ware zur Einhaltung der von der Landesstelle oder der von ihr bestimmten Stelle getroffenen Anordnungen über die Art und den Preis des Weiterverkaufs.

III.

Die Einhaltung der von der Landesstelle oder der von ihr beauftragten Stelle getroffenen Anordnungen zu überwachen liegt den Kommunalverbänden ob. Die Lan-

desstelle und die Kommunalverbände sind berechtigt und nach Befinden verpflichtet, aus Gründen der Ueberwachung anzuordnen, daß Auslands Gemüse und Obst nur in bestimmten Geschäften oder in bestimmten Geschäften nicht, oder daß es nicht gleichzeitig mit Inlands Gemüse und Obst feilgehalten werden darf. Auslandsware ist beim Kleinverkauf in allen Fällen als solche deutlich zu kennzeichnen und mit deutlich erkennbaren Preistafeln zu versehen, deren Preise bei der Abgabe nicht überschritten werden dürfen.

IV.

Erfolgt der Weiterverkauf der eingeführten Ware durch den Einführenden an Großhändler oder Zwischenhändler, so ist die von der Landesstelle oder von der von ihr beauftragten Stelle dem Einfuhrhändler bewilligte Verdienstspanne zwischen dem Einfuhrhändler und dem Groß- bzw. Zwischenhändler zu teilen. Dem Groß- oder Zwischenhändler ist es untersagt, einen besonderen Aufschlag beim Weiterverkauf zu fordern. Der Kleinverkäufer darf beim Weiterverkauf der Ware höchstens folgende Zuschläge zu den Erwerbspreisen verlangen:

0.30 M., wenn er je Pfund mehr als 1.— M.,
0.25 M., wenn er je Pfund mehr als —.70 bis 1.— M.
0.20 M., wenn er je Pfund mehr als —.50 bis —.69 M.
0.15 M., wenn er je Pfund mehr als —.40 bis —.49 M.
0.11 M., wenn er je Pfund mehr als —.30 bis —.39 M.
0.08 M., wenn er je Pfund mehr als —.20 bis —.29 M.
0.07 M., wenn er je Pfund mehr als —.15 bis —.19 M.
0.05 M., wenn er je Pfund mehr als —.10 bis —.14 M.

geahlt hat.

V.

Zuwiderhandlungen gegen II, III und IV dieser Verordnung werden nach den eingangs genannten Bestimmungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach den bestehenden Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

VI.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Dresden, am 28. März 1919.

451 V G 1

3421

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Anträge auf Einfuhr- und Einkaufsgenehmigung für ausländisches Gemüse und Obst.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat für Sachsen eine begrenzte Geldsumme bestimmt, innerhalb deren vom 1. bis 15. April die Einfuhr von ausländischem Gemüse nach Sachsen sich halten muß.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Einfuhr von frischem Auslands Gemüse und Obst vom heutigen Tage wird hierdurch aufgefördert, Anträge auf Einfuhr- u. Einkaufsgenehmigung für Auslands Gemüse bis spätestens

Montag, den 7. April 1919

an die Geschäftsabteilung der Landesstelle für Gemüse und Obst in Dresden-N., Hospitalstraße 10 b, Erdgeschoss, einzureichen. Die Anträge müssen den Bestimmungen der oben genannten Verordnung entsprechen. Die nach dieser Verordnung erforderlichen Nachweise sind den Anträgen beizufügen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bisher eingereichten Anträge ebenso wie die nach dem 5. April bei der Geschäftsabteilung der Landesstelle eingehenden keine Berücksichtigung finden können.

Es wird darauf hingewiesen, daß der von der Reichsstelle festgesetzte Geldbetrag nicht ausreicht, um alle sächsischen Händler in dem angegebenen Zeitraum bereits an der Einfuhr, sei es auch nur mit geringen Mengen, zu beteiligen.

Dresden, am 28. März 1919.

695 V G 2

3422

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Die Kleinhandelshöchstpreise für Zucker.

Infolge der am 1. April 1919 eintretenden Erhöhung der Frachtsätze macht sich eine Änderung der mit Verordnung vom 28. Oktober 1918 (Nr. 252 der Sächs. Staatszeitung vom 28. 10. 18) bekanntgegebenen Kleinhandelspreise für Zucker erforderlich.

Die in Absatz 2 der Verordnung vom 28. Oktober 1918 vorgeschriebene Preiserhöhung um je 1 Pfennig für das Pfund tritt bereits am 1. April 1919 in Kraft. Die Bestimmung in Absatz 2 erhält demgemäß folgende Fassung:

„Diese Preise erhöhen sich mit Rücksicht auf die am 1. Januar 1919 eintretenden Monatszuschläge und die am 1. April 1919 eintretende Erhöhung der Frachtsätze am 1. Februar, 1. April und 1. Juli 1919 um je 1 Pfennig für das Pfund.“

Dresden, den 29. März 1919.

194 V L A 1 c

3437

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Gemäß § 6 Absatz 1 der Bekanntmachung des Bezirksverbandes, Lebensmittelkarten und Gastkarten betreffend, vom 1. Juni 1917 in der Fassung vom 24. September und 13. Dezember 1917 wird folgendes bekanntgegeben:

Auf die für die Woche vom 7. bis 13. April gültigen Marken der Bezirkslebensmittelkarten werden im Laufe der Woche durch die Händler Lebensmittel der nachgenannten Art und Menge ausgegeben werden.

Marke G 1 f. Kinder im 1. u. 2. Lebensjahre (violetter Druck): je 125 g Grieß, Graumark G 1 f. Kinder im 3. u. 4. Lebensjahre (roter Druck): 1 pen und Zwieback, Marke G 1 (schwarzer Druck): 325 g Graupen.

stimmen
zwischen
211.
Rechts-
täg ein-
der stets
ent „Chi-
Bilson
punkt-
nt. Die
o Schiffe
Zielgang
ertrium
set, und
förmie.
chen
berförster
elhaus.
ein,
ung als
sten unt.
t. d. Bl.
rin
Maschine,
t höherem
widau,
29.
ung.
bet sich
5.
fter
nkopf.
rad ohne
Spiegel.
erie
1919
el,
ahme.
nland),
haus
ht.
teim“
n
sonst.
remen.
pich
an die
trieb
neid-
gere,
prier
ort,
n.

Marke G 2 Dörngemüse nach Belieben,
 Marke G 3 250 g Runkelrübe und 125 g Auslandsmarmelade,
 Marke G 4 60 g Butter,
 Marke G 5 125 g Fisch in frischem, mariniertem oder getrocknetem Zustande oder 1 Ei, soweit vorhanden,
 Marke G 6 125 g Quark, soweit vorhanden.
 Sollte infolge von Transportschwierigkeiten in einzelnen Gemeinden die Abgabe der vorstehend genannten Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umfange möglich sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.
 Schwarzenberg, den 29. März 1919.
Der Bezirksverband **Der Arbeiter- und Soldatenrat**
der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
 Dr. Wimmer. Aurich.

Bei der heute stattgefundenen Wahl zur evangelisch-lutherischen Landessynode im XXVI. Wahlbezirk ist Herr Pastor Dr. Rechsmax in Rauter als geistlicher Abgeordneter wiedergewählt worden.
 Schwarzenberg, am 31. März 1919.
Der Wahlkommissar.
 Dr. Wimmer, Amtshauptmann.

Die auf den Monat März geltenden Milchquoten sind bis spätestens Freitag, den 4. April, mittags, in der Stadtkasse zur Einlösung abzuliefern.
 Eisenstod, den 1. April 1919. **Der Stadtrat.**

Ausgabe von Seifenkarten.

Da in den Geschäften von Konsumverein I und II, Eberlein und Grimm noch

keine Posten Seife vorhanden sind, sind wir in der Lage, die Nachmeldungen zu berücksichtigen.
 Die Ausgabe der Marken erfolgt Donnerstag, den 3. d. M., vormittag in der Markenausgabestelle. Es können aber nur die Einwohner berücksichtigt werden, von denen bereits Antrag vorliegt.
 Eisenstod, den 2. April 1919. **Der Stadtrat.**

5. öffentliche Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums

Freitag, den 4. April 1919, abends 7 Uhr
 im Sitzungssaal des Rathauses.
 Eisenstod, den 2. April 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
 Hans Hoehl.

Tagesordnung.

1. Festlegung des Gemeindesteuerfußes auf das Jahr 1919.
 2. Abänderung von Abschn. 10 der Gemeindesteuerordnung, Luftbarkeitssteuer betr.
 3. Nachtrag zur Sparkassenordnung.
 4. Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen.
 5. Eingabe des Ausschusses der städtischen Beamten über die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeindebeamten.
 6. Neuregelung der Löhne für die städtischen Arbeiter.
 7. Berechnungsgeld für die Unterbringung von Stadtfindern aus Land.
 8. Abschluß der Gemeindegroßkasse auf das Jahr 1918.
 9. Kenntnisnahmen.
- Darauf nichtöffentliche Sitzung.**

Der sächsische Wirtschaftsminister über die Sozialisierung.

In der vergangenen Woche fand in Dresden eine sächsische Sozialisierungskonferenz statt. Nach Referaten des Dr. Neurath und Dr. Schumann führte das Mitglied der Sozialisierungskommission und der Nationalversammlung Hue u. a. aus:
 Ich glaube, Herr Dr. Neurath ist sich über die industrielle Stellung Sachsens in der deutschen Volkswirtschaft noch nicht recht klar geworden, wenn er glaubt, daß Sachsen in der Lage sei, seine Industrie zu kartellieren und zu syndizieren und damit ein Gebilde zu schaffen, das sogar in der Lage ist, nach außen hin in Kompensationsverkehr zu treten. Hue meinte weiter, daß auf einigen Gebieten eine selbständige Sozialisierung im Rahmen des Reichsgebietes über die Sozialisierung durchzuführen wäre, z. B. in der vogtländischen Textilindustrie.

Von besonderer Bedeutung sind folgende Ausführungen des Wirtschaftsministers Schwarz: Die Notwendigkeit, ein Zentralwirtschaftsamt zu schaffen und vor allen Dingen eine Wirtschaftspläne aufzustellen, verkennen wir auch nicht. Nur kann ich nicht zu dem Schlusse kommen, daß dieses Zentralwirtschaftsamt nur dem Gesamtministerium unterstehen müsse. Wir müssen in dieser Beziehung bescheiden anfragen und können nicht gleich ein Amt mit vielen hundert Personen einsetzen. Unbeschadet dessen werden wir ein Wirtschaftsamt gründen, das sich je nach dem Bedürfnis erweitern und vergrößern kann. Auch soweit sind wir uns einig, daß innerhalb Sachsens die Sozialisierungsfrage planmäßig zu fördern ist. Einen Stillstand wird es nicht geben. Aber den vorliegenden Vorschlägen Dr. Neuraths kann man nicht restlos folgen. Es geht schon deshalb nicht, weil wir noch keine sozialistische Gesamtbevölkerung haben. Der sozialistische Einschlag in der deutschen und auch in der sächsischen Bevölkerung ist noch nicht so groß, daß man über die Widerstände gegen die Sozialisierung zur Tagesordnung übergehen könnte. Für mich ist es nicht möglich, dem zuzustimmen, daß man nur etwa den Kreis der Unternehmer, wie Dr. Neurath jagte, entschädigt, der mitarbeiten will, und den, der nicht mitarbeiten will, außerhalb der Bezüge reißt. Wie nun, wenn die Unternehmer von ihrem Streikrecht Gebrauch machen? Wir können auf die Unternehmer noch nicht verzichten. Soweit ist die deutsche Arbeiterbewegung, die sozialistische Bewegung bei weitem noch nicht, daß sie alle die Kräfte ersehen könnte, die man hier mit einem Federstreich beseitigen zu können glaubt. Der Sozialisierungsgedanke ist zum Schlagwort geworden, und ich stimme mit Dr. Neurath überein: wir müssen bald Klarheit schaffen, damit die Beunruhigung unter der Arbeiterschaft sowohl wie unter der Unternehmerschaft uns nicht ungeheuren Schaden zufügt, wir müssen mit dem wahnsinnigen Gedanken, wie er vielfach unter der Arbeiterschaft vertreten ist, daß Sozialisierung heißt, den Unternehmer zum Teufel jagen und unsere Leute an die Spitze der Betriebe setzen und sie durch die Betriebsräte leiten lassen, aufhören. Das ist keine Sozialisierung. Viele Arbeiter sind der Meinung, durch die Sozialisierung sofort glücklich zu werden und den Unternehmergewinn sofort in ihre Taschen fließen zu sehen. Das ist aber eine Täuschung, zumal in unseren heutigen Tagen, wo wir noch gar nicht wissen, was für Folgen der Krieg für uns haben wird. Ich glaube, die Zeit der Gewinne und Dividenden ist für lange Zeit vorbei. Ich bin mit Bewußten Dr. Neurath vollständig einverstanden, daß etwas geschehen muß und daß wir innerhalb Sachsens vor allen Dingen eine Statistik haben müssen, die uns die Kraft und die Möglichkeit gibt, zuzugreifen, wo es geht. Wenn aber Dr. Schumann

meint, daß diese Statistik in 8 bis 10 Wochen durchführbar ist, so meine ich, daß in dieser Zeit wahrscheinlich noch nicht einmal die notwendige Formulare dazu fertig sind. Wer einmal mit Statistiken zu tun gehabt hat, wird wissen, wie schwierig allein die Vorarbeiten sind. Daß der Sozialisierungsgedanke auch im Lager der Unternehmer so freudig aufgenommen wird, wie es aus den Ausführungen Dr. Neuraths und Dr. Schumanns herausklingt, ist nicht richtig, wenn auch die Unternehmer der Sache nicht mehr so unfreundlich gegenüberstehen wie früher. Aus vielen hundert von Zuschriften an das sächsische Wirtschaftsministerium geht hervor, daß die Unternehmer ihre ganze jetzige industrielle Tätigkeit einzustellen drohen, wenn wir jetzt mit der Sozialisierung kommen. Wir können aber keine solche gewaltsamen Erschütterungen brauchen, besonders, so lange der Frieden noch nicht abgeschlossen ist, wenn wir der Sozialisierung nicht die schwersten Hindernisse bereiten wollen. Wir wollen unteruchen, was möglich ist, zur Zeit durchzuführen, das andere müssen wir der Entwicklung überlassen, allerdings, wir müssen schieben und drängen. Ich meine, wir müssen auch von unten heraus sozialisieren, wir müssen die Arbeiterschaft über die Sozialisierungsfrage aufklären und sie vor übertriebenen Hoffnungen über die Wirkung einer Sozialisierung warnen, denn die Früchte einer Sozialisierung können nicht in diesem oder im nächsten Jahre gepflückt werden; das ist ein Werdepfeil, der unter Umständen Generationen bedarf.

Dr. Neurath verlangte in seinem Schlußwort eine großzügige Erziehung und Aufklärung der Arbeiterschaft. Wir brauchen eine Spartakistenmission. Hinter dem Spartakistenredner muß der sozialdemokratische Missionar hergehen und die Gegende halten. Damit muß man schon morgen anfangen.

Ministerpräsident Dr. Stadnauer erklärte: Auch ich stehe auf dem Standpunkte, daß es einer intensiven Erziehung und Bildung unserer Arbeiter und Arbeiterjugend bedarf, um die Menschen aus ihrer aufgereagten, nervösen Stimmung wieder zu klarer Beurteilung der Dinge zu bringen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Reichsregierung in Berlin. Da sich die Nationalversammlung am Sonnabend bis voraussichtlich Mitte der nächsten Woche vertagt hat, sind die meisten Mitglieder der Regierung mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann nach Berlin zurückgekehrt. Auch Reichspräsident Ebert befindet sich wieder dort.

Vereinbarungen über die Kirchenfrage im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung sind kürzlich zwischen Vertretern verschiedener Parteien (Nicht-Deutsche Volkspartei, Raumann Dem. Partei, Naumbach Zentr., Traub Deutsch-National) zustande gekommen. Sie bezwecken die Einstellung eines Artikels 30a in die Reichsverfassung, der die gesellschaftlichen religiösen Grundrechte durch Aufnahme in die Reichsverfassung sicherstellen soll. Er weist die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche der Gesetzgebung der deutschen Gliedstaaten zu, bindet sie aber an bestimmte Grundsätze. Diese „Mindestvorschlüsse“, deren Wortlaut die sächsische Aufklärungsstelle soeben erstmalig in der zweiten Auflage des Werkbüchens zur Kirchentrennungsforderung (Verlag des evangelischen Landesverbandes Dresden, Ferdinandstr. 16.) veröffentlicht, sichern die Rechtsfähigkeit, Selbständigkeit und den öffentlich-rechtlichen Charakter der Religionsgesellschaften und schließen jedes Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl und Bestätigungsrecht des Staates bei der Besetzung kirchlicher Stellen aus. Sichergestellt wird ferner der kirchliche Vermögensbesitz und die auf besonderen Rechten ruhenden Staatszuschüsse, sowie das Besteuerungsrecht der Religionsgesellschaften. Erhalten bleiben die gesetzlichen Feiertage, sowie Einrichtungen für Gottesdienst und Seelsorge in der Wehrmacht und den öffentlichen Anstalten. Der Religionsunterricht wird als verbindliches Unterrichtsfach der öffentlichen Schulen in der Verfassung verankert. Kein Kind kann gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an dem Religionsunterricht gezwungen werden. Die Freiheit der Kirchen und Religionsgesellschaften zur Erteilung von Religionsunterricht unterliegt keine Beschränkungen. Die theologischen Fakultäten an den deutschen Universitäten bestehen. — Da die Parteien, denen die genannten Abgeordneten angehören, die Mehrheit der Nationalversammlung darstellen, ist eine Annahme ihrer Mindestvorschlüsse, die übrigens den Zusagen der Parteien an kirchliche Kreise vor der Wahl entsprechen, zu erwarten.

Die unerhörten Forderungen der Ruhrbergleute. Die Ruhrkommission am 2. April, beschloß am Sonntag eine von ihr euerdusene Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes den Generalstreik, der am 1. April beginnen und solange dauern soll, bis nachstehende Forderungen bewilligt worden sind: 1. Sofortige Einführung der Sechsstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt für Untertagearbeiter, unter Beibehaltung des bisher für längere Schichtdauer gezahlten Lohnes, 2. 25 Prozent Lohnerhöhung, 3. Regelung der Anknüpfungsforderungen, 4. Anerkennung des Räte-systems, 5. sofortige Durchführung der Hamburger Punkte, betreffend die Kommandogewalt, 6. sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, 7. sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, 8. sofortige Auflösung aller Freiwilligentorps, 9. sofortige Anknüpfung aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung, 10. Entlassung der Polizei im Industriebezirk und im Reich, 11. Bezahlung der Streikschichten.

Bürgerliche Mehrheit im Essener Arbeiterrat. Aus Essen wird berichtet: Bei den Arbeiterratswahlen in der Großstadt Essen siegte die vereinigte bürgerliche Liste mit 22000 Stimmen über die vereinigte sozialdemokratische mit 20000 Stimmen. Letztere hatte bislang die Mehrheit.

Frankreich.

Die deutsche Finanzkommission in Paris eingetroffen. Die aus 6 Mitgliedern bestehende deutsche Finanzkommission ist am Sonntag in Paris eingetroffen.

Der Mörder von Zaurès freigesprochen. Wie aus Paris gemeldet wird, wurde Villain, der Mörder von Zaurès, freigesprochen. Der Freispruch bedeutet für diejenigen keine Überraschung, die von der planmäßigen Kriegsvorbereitung Frankreichs von jeher überzeugt waren. Ebenso wie der Leiber zu früh vergessene Suchowinowprozess zeigt dieser Freispruch, daß die Kriegshetze in Feindesland kein Mittel scheuten, um jedes Hindernis, das sich dem Krieg entgegenstellte, zu beseitigen. Verblüffend ist nur, daß man es offen sagt, durch den Freispruch das Einverständnis der offiziellen Kreise Frankreichs mit der Tat zu dokumentieren. Ueberraschend ist aber auch das geringe Interesse, das die französischen Sozialisten an einer gerechten Sühne für ihren einstigen verehrten Führer haben. Auch sie stehen eben völlig unter dem Banner der brutalen Deutschfeinde.

Keine französischen Truppen für Rußland. In der Pariser Kammer erklärte Abram, die Regierung werde keine Soldaten mehr nach Rußland schicken; sie werde die Rumänen, Polen und Balkanvölker auf andere Weise im Kampf gegen die Bolschewisten unterstützen.

Italien.

Die Blockade in der Adria aufgehoben. Die Blockade im Adriatischen Meer wurde am 30. März mitternachts aufgehoben.

Ägypten.

Drakonische Maßregeln gegen Ägypten. Der Oberbefehlshaber berief am Freitag in Kairo eine Versammlung führender ägyptischer Notabeln ein: Er erklärte in dieser Versammlung, er habe bisher lediglich defensive Maßnahmen

getro...
 wieder...
 dies...
 recht...
 gegen...
 ma h...
 bign...
 Durch...
 prir...
 Unsch...
 (1) h...
 Weh...
 samml...
 sich...
 sch...
 folgt...
 eine...
 forber...
 Beam...
 zu we...
 mit...
 seits...
 nen...
 Anker...
 Die...
 Volks...
 Die...
 Forber...
 Durch...
 schaft...
 die...
 zur...
 der...
 die...
 n...
 im...
 Spant...
 vor...
 die...
 Ausfü...
 jägere...
 bei...
 Pirna...
 hingew...
 Angeh...
 Offizie...
 auf...
 schließ...
 ziere...
 und...
 Soldat...
 Führer...
 Berjam...
 Gren...
 zu...
 für...
 Wändig...
 Dien...
 14jähr...
 aufgef...
 Offern...
 worden...
 Staats...
 worden...
 wöhlten...
 den...
 bürge...
 Ema...
 tel...
 35000...
 neuer...
 stellen...
 mach...
 dem...
 schaft...
 schein...
 30. Ap...
 We...
 klärte...
 hält...
 so...
 antwort...
 den...
 den...
 Arbeit...
 Helf...
 halt...
 heute...
 des...
 stellen...
 die...
 torism...
 den...
 wo...
 Novemb...
 Rat...
 trat...
 lagte...
 ten...
 teure...
 waren...

getroffen. Es sei jedoch seine Pflicht, die Ordnung wiederherzustellen, und da er erkannt habe, daß dies durch die bisherigen Maßnahmen nicht erreicht werden könne, stehe er der Notwendigkeit gegenüber, zu wirksameren Unterdrückungsmaßnahmen zu greifen. Diese würden notwendigerweise furchtbare Leiden für die Bevölkerung und große Verluste an öffentlichen und privatem Eigentum bringen, unter denen auch viele Unschuldige mitleiden würden.

Ostliche und Sächsische Nachrichten.

Dresden, 31. März. Ueber die wirtschaftliche Lage der sächsischen Provinz berichtet Herr Wehner, Leipzig, auf der außerordentlichen Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins. Hieran knüpfte sich eine längere Aussprache, worauf eine Entschließung angenommen wurde, in der es u. a. wie folgt heißt: „Noch immer wird der sächsische Lehrerschaft eine gerechte Befoldung vorenthalten. Seit Jahrzehnten fordert sie vergeblich, nach gleichen Grundsätzen wie alle Beamten in den Befoldungstaxen des Staates eingeordnet zu werden; sie verlangt ihre Einreihung zwischen Beamten mit Hochschulbildung einerseits und Akademikern andererseits. Die neue Volkregierung hat noch nicht zu erkennen gegeben, wie sie zu dieser Forderung, die sogar die Anerkennung des früheren Landtages gefunden hat, steht. Die Lehrerschaft erwartet von der Volkskammer und der Volksregierung, daß diese Schuld endlich eingelöst wird. Die Vertreterversammlung fordert den Vorstand auf, diese Forderung der Regierung erneut vorzulegen, ihre sofortige Durchführung zu verlangen, wenn es nötig ist, die Lehrerschaft zum gemeinsamen Vorgehen aufzurufen und dabei die im Lohnstreite anderer Berufs erprobten Kampfmittel zur Anwendung zu bringen.“

Pirna, 29. März. Eine Versammlung der hiesigen Garnison-Soldaten, zu der auch die nach hier veretzten Grenzfürer, sowie die Offiziere eingeladen waren, fand am Freitag nachmittag im hiesigen Volkshause statt. Hauptredner war der Sozialist Kimmich, der zunächst die hiesige Lage vor dem Eintreffen des Grenzschutzes schilderte und die Maßnahmen der Regierung kritisierte. Seine Ausführungen wurden von dem anwesenden Grenzfürer wiederholt unterbrochen und dabei auf die bei Kimmich in Mitleiden, sowie im Volkshause in Pirna vorgefundenen und beschlagnahmten Waffensachen hingewiesen. In der Aussprache traten Kimmich Angehörige der Dresdner Garnison, sowie einige Offiziere entgegen. In einer unter lautem Protest der anwesenden Grenzfürer angenommene Entschließung wurde die Absetzung der Offiziere der Grenzfürer-Abteilung verlangt und gefordert, daß bei den Grenzfürer-Formationen Soldatenräte gebildet werden, die die Offiziere und Führer selbst zu bestimmen hätten. Der Zweck der Versammlung, die 3 1/2 Stunden dauerte, war, die Grenzfürer für den Volkswissenschaften zu gewinnen. Das ist dem Hauptredner, der für die nächste Zeit weitere Versammlungen anordnete, nicht gelungen.

Leipzig, 30. März. Am 27. März ist in dem Diensthause bei Leipzig die seit vier Tagen vermisste 14jährige Johanne Welsch aus Dölzig ermordet aufgefunden worden. Offenbar ist an dem Mädchen, das Ostern konfirmiert werden sollte, ein Lustmord verübt worden. Auf die Ermittlung des Mörders sind von der Staatsanwaltschaft Leipzig 500 M. Belohnung ausgesetzt worden.

Zwickau, 31. März. Die städtischen Kollegien wählten in ihrer heute nachmittag abgehaltenen Sitzung den 1. Beigeordneten Holz in Elbersfeld zum Oberbürgermeister der Stadt Zwickau.

Lauter, 31. März. Die hiesigen Sächs. Emailier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Schlichtel u. Co. haben für ihre zurückkehrenden Kriegsteilnehmer 35 000 Mark zu einer Ehrengabe gespendet und damit neuerdings ihr Wohlwollen für ihre Arbeiter und Angehörigen bewiesen.

Rotgeldscheine. Nach einer Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums werden die von dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg ausgegebenen Rotgeldscheine in Abschnitten von 5 und 20 Mark mit dem 30. April 1919 außer Verkehr gesetzt.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 29. März. Beim Notetat erklärte heute Reichswehrminister Roske: Die Verhältnisse in den Staatswerkstätten sind absolut unhaltbar. Sie sind geradezu unverantwortlich. (Hört, hört!) Besser ist die Lage in den Werften. Vielsach wurden aber auch in Werften Löhne gezahlt, ohne daß irgendwelche produktive Arbeit geleistet wurde. Auch in den militärischen Beschäftigungsämtern sind die Zustände absolut unhaltbar. Die Arbeitsleistung in diesen Betrieben ist heute so gering, daß wir genötigt sind, einen Teil des so geringen Bedarfes in der Privatindustrie herstellen zu lassen. In dem Spandauer Betriebe üben die Unabhängigen einen geradezu unerhörten Terrorismus. Die Arbeiter sind gezwungen worden, in den Streik zu treten, sogar in den Betrieben, wo künstliche Gliedmaßen hergestellt werden. Im November und Dezember hat sich in Berlin auch ein Rat der Deserteure gebildet (Heiterkeit), der sehr weitgehende Forderungen stellte. Der Deserteurrat jagte mir, er gebe vier Tage Frist; bis dahin müßten die Forderungen bewilligt sein, denn die Deserteure wären eine Macht. Vierzehn Tage später waren sie wieder bei mir. Ich hatte aber inzwischen

10 000 Mann Soldaten mitgebracht und erklärte ihnen, ich würde keine ihrer Forderungen bewilligen, denn jetzt sei ich eine Macht.

Die Reichsregierung wurde ersucht, ungeduldet einen Plan aufzustellen für die Forderung zum dem Gebiete der Textilindustrie. Ein Zentrumredner verlangte dazu sehr richtig, daß Berlin von vornherein als Sitz des Forschungsinstituts ausseheide.

Dänemarks „Ansprüche“ auf Schleswig im Spiegel der Geschichte.

Es ist in der Geschichte eine alte Erfahrung, daß die Grenzen eines Landes, falls sie keine von der Natur gegebenen, sondern künstlich gezogene sind, von den anwohnenden Nachbarn am meisten gefährdet sind. So ist es auch mit unserer Nordgrenze von Schleswig bestellt. Weil uns das von Natur dazu gehörige Jütland fehlt. Darum mußte schon Karl der Große in den Jahren 808 bis 810 einen Krieg gegen die Dänen führen, der damit endete, daß der Dänenkönig mit seinem Heere zurückgeschlagen wurde. Zum Schutze seiner Grenze legte Karl im Jahre 810 das „Danewerk“ (westlich vom heutigen Schleswig) an. Auch Kaiser Heinrich I. unternahm einen Zug gegen die Dänen und gründete 934 zwischen Eider und Schlei eine Mark, die später Schleswig genannt wurde. Aber leider wurde das, was mit deutschem Blute errungen und gehalten worden war, 100 Jahre später wieder leichtsinnig aufgegeben. Kaiser Konrad II. überließ nämlich im Jahre 1035 die Mark Schleswig den Dänen, als sich sein Sohn Heinrich, der Herzog von Bayern, mit der Tochter Knuds von Dänemark verlobte. Die Eider wurde wieder Reichsgrenze. Das war ein großer politischer Fehler, der sich bitter gerächt hat. Mit der Schenkung waren auf zwei Seiten Rechte entstanden: Dänemark hatte nunmehr das Recht auf Schleswig in juristischem Sinne; Deutschland aber hatte nach wie vor das tiefer begründete geschichtliche Anrecht. Denn das ist doch klar, daß ein deutscher Volksteil, der durch Sprache und Sitten tief im Deutschtum verankert ist, der willkürlich geänderten politischen Grenzen halber nicht dänisch wird. Da aber in der Praxis das Recht niemals auf beiden Seiten zugleich sein kann, so war damit der Anlaß zu hundertjährigen Zwistigkeiten gegeben, die sich durch viele Jahrhunderte hindurchschleppten und erst im Frieden des dänischen Krieges 1864 beigelegt werden konnten. So war Schleswig seit 1035 in dänischem Besitze. Von 1386 an gab Dänemark Schleswig an deutsche Herzöge zu Lehen, behielt aber dauernd — bis 1864 — die Oberhoheit. (Nur vorübergehend, z. B. im 30jährigen Kriege, war es in den Händen des deutschen Kaisers). Und zwar behielt Dänemark 1386 den Grafen Gerhard von Holstein aus dem Hause Schauenburg mit Schleswig; seit dieser Zeit datiert die enge Verbindung zwischen Schleswig und Holstein. Nach dem Erlöschen dieses Grafengeschlechtes der Schauenburger zog Dänemark 1460 Schleswig und — Holstein ein. Es mußte jedoch in einem Vertrage die Zustimmung geben, daß die Herzogtümer „up ewig ungeteilt“ blieben und niemals Dänemark ganz einverleibt werden sollten. Trotzdem gelangte später vorübergehend ein Teil derselben in den Besitz der dänischen Seitenlinie Holstein-Gottorp. Holstein wurde 1815 in den deutschen Bund aufgenommen. 1848 erließ der kinderlose König Friedrich VII. eine Gesamtverfassung, welche die dänische weibliche Erbfolge auch auf die Herzogtümer ausdehnte. Damit war die Einverleibung Schleswigs in Dänemark erreicht. Es hatte den Vertrag von 1460 gebrochen. Von einem dänischen Anrecht konnte nun nicht mehr die Rede sein. Das war die Ursache zu der Schleswig-Holsteinischen Erhebung 1848—1850, in der Schleswig-Holstein vom deutschen Bunde, namentlich von Preußen, unterstellt wurde. Der Krieg endete für Schleswig-Holstein unglücklich, immerhin aber wurde den Dänen das Versprechen abgerungen, „die Rechte der Herzogtümer zu wahren.“ Trotz dieser im Vertrag abgegebenen Erklärung bedrückten die Dänen in den folgenden Jahren die deutsche Nationalität aufs schwerste, und 1863 verlebten sie Schleswig zum zweiten Male ein. Damit war die seit 1852 den Uebergriffen der Dänen gegenüber oft bewährte Geduld des deutschen Bundestages erschöpft, und es wurde am 1. Oktober 1863 die Bundesregulation gegen Dänemark beschlossen. In Deutschland herrschte große Aufregung. Die öffentliche Meinung war entschieden für vollständige Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark, und der Anlaß zum preußisch-österreichischen Kriege gegen Dänemark (1864) war gegeben. Im Frieden zu Wien mußte es die Herzogtümer Schleswig und Holstein (und Lauenburg) an Oesterreich und Preußen abtreten. Der Vertrag zu Gastein 1865 regelte die Verteilung so, daß Schleswig (und Lauenburg) von Preußen, Holstein von Oesterreich verwaltet wurde, die Oberhoheit über die zwei Herzogtümer aber behielten beide Mächte gemeinsam. Nach dem preussischen Kriege gegen Oesterreich (1866) mußte letzteres seine Rechte an Preußen abtreten, so daß Schleswig-Holstein seit dieser Zeit Preußen allein gehört. Nur sollte der nördliche Teil Schleswigs mit Dänemark wieder vereinigt werden, wenn die Bevölkerung den Wunsch dazu durch freie Abstimmung zu erkennen gäbe. Diese Bestimmung kam nicht in Anwendung und wurde 1878 durch preussisch-österreichische Vereinbarung aufgehoben. Dänemark konnte aus der Aufhebung dieser Bestimmung keinerlei Entschädigungsansprüche geltend machen, weil der Prager Frieden 1866, der die Möglichkeit einer Volksabstimmung offen gelassen hatte, lediglich zwischen Preußen und Oesterreich geschlossen und Dänemark dabei völlig unbeteiligt war. So war die lange Schmach geführt und das Schmerzenskind der deutschen Mutter wiedergewonnen.

Wenn auch der nördliche Teil Schleswigs durch die jahrhundertelange Dänenherrschaft die dänische Sprache angenommen hat, so ist doch das Volk nach wie vor deutsch, und Dänemark hat kein Recht daran. Im Gegenteil: gewisse deutsche Kreise bezeichnen sogar den südwest-

lichen Teil Jütlands, den Kreis Ribe, der sich an Nord-Schleswig auf der Seite der Nordsee anschließt, als gut deutsch. Darauf machen wir aber ja trotzdem gar keinen Anspruch.

Aber wie in der elsass-lothringischen, so werden unsere Feinde auch in der schleswigschen Frage sich höchstwahrscheinlich nicht von dem Gesichtspunkte des Rechts leiten lassen, sondern von dem Gesichtspunkte: „Wie kann Deutschland auf möglichst lange Zeit zur völligen Ohnmacht verdammt werden?“

Der verstoßene Sohn.

Roman aus dem Englischen von Julie Dugern.

„Jeder tut das,“ sagte Deane lachend, „ich habe den Grundsatz, jeden Dollar, den ich ausbebe, wieder mit Zinsen einzunehmen, wenn Sie das auch tun werden, so befinden Sie sich jedenfalls besser als jetzt dabei, das, was auch dieses Diner kostet, werde ich schon wieder von Ihnen herausbekommen. Eine andere Flasche von diesem Eischillingwein, Kellner.“

„Sie sind ein glücklicher Mensch, Deane,“ sagte Georg. „Sie haben genug Geld und sind Ihr eigener Herr. Ich wollte, es ginge mir ebenso.“

„Nun, das kann ja auch so kommen,“ tröstete Deane. „Weiß Gott, ich habe schon oft an Sie gedacht. Georg, warum können Sie nicht nach Hause gehen, den verlorenen Sohn spielen und Ihrem Vater sein Geschäft erleichtern.“

„Ich habe keinen Vater!“

„Nun so werden Sie doch Freunde besitzen.“

„Ich habe nur eine Mutter.“

„Das ist der Weg, um ein neuer Mensch zu werden. Gehen Sie zu der guten alten Dame zurück.“

„Meine Mutter ist leider wieder verheiratet, ich besitze einen Stiefvater. Das Vaterhaus ist mir verboten, man sieht mich als das „schwarze Schaf“ in der Familie an und Mr. Carter haßt mich, doch was fällt Ihnen ein?“

„Mir, gar nichts, mir war nur der Name fremd.“

„Carter? Es ist eine Landadelmanns-Familie im Kent.“

„Und wer soll den alten Herrn beerben?“

„Seine Nichte, Clara Carter, ein sehr schönes Mädchen. Doch was kann Sie meine Familie interessieren, Deane?“

„Nur wegen Ihnen, Steinberg, und dan“ mache ich gerne Charakterstudien; doch was wollen Sie, Kellner?“

„Ich bitte um Verzeihung, meine Herren, dies ist keine Nachrestaurierung, es ist schon zwölf Uhr und wir müssen schließen.“

Alle anderen Tische waren indessen leer geworden, ohne daß sie es bemerkt hatten; als Georg aufstand, trauelte er ein bißchen und hatte Mühe, in die Arme des Kocks zu schlüpfen, die der Kellner ihm hinhalt.

„Alles, junger Bursche, geben Sie mir den Arm,“ gebot Deane, „in der frischen Luft werden Sie wieder so fest stehen, wie das Kapitol von Washington. Kommen Sie mit mir, wir wollen die Nacht in einem andern Orte beenden.“

Nach diesen Worten ergriff er Georgs Arm und führte ihn ruhig weiter.

6.

Eine Frist.

Georg fand, daß sein Stern im Steigen war, als er am andern Morgen erwachte und sich im Besitz von zehn Pfund befand, die er die Nacht vorher so glücklich war, am Billard zu gewinnen. Er zahlte seine Vermieterin, packte seine wenigen Habseligkeiten zusammen, ließ sie auf einen Karren laden und folgte demselben. Seine Wirtin sah ihn wohlgefällig nach, und als sie bedacht, daß er ohne zu handeln, auch den laufenden Monat bezahlt hatte, da er es gestern doch noch gar nicht im Stande gewesen, wunderte sie sich darüber und dachte, woher er das Geld wohl bekommen haben möge? „Hoffentlich auf ehrliche Art erworben,“ murmelte sie für sich, „wo mag er wohl hingehen? Ich konnte nicht verstehen, was er zu dem Träger sprach.“

Dies sagend, schüttelte die alte Frau ihren Kopf in bedenklicher Weise und ging sodann wieder ihre Geschäften nach, und während sie in ihr ungemütliches Haus und ihre schabigen Zimmer zurückkehrte, fuhr ihr junger Mietsherr nach Amberst.

Georg hatte sich genau nach seiner Mutter Brief gerichtet, war mit dem Frühzug gefahren, dann am nächsten Morgen und war durchs Feld gewandert, dem Schlosse seiner Mutter zu, dann setzte er sich und wartete auf den Wagen, der seine Mutter bringen sollte. Von weitem erblickte er endlich einen solchen, und als dieser näher kam, erkannte er die Pforte des Hauses und sah eine Dame darin sitzen. Rasch nahm er wieder seinen Rückzug über das Feld und wartete nun am Rathaus, bis seine Mutter ankam. Es war Markttag und unter den vielen Fremden wurde der Sohn von Mr. Carter gar nicht beachtet, wohl aber Mr. Carter selbst und als sie anfuhr, stürzte Mr. Page, der Wirt, dienstbeflissen herbei und geleitete sie in das Haus. Georg beobachtete das elegante und vornehme Aussehen seiner Mutter mit gereizten Gefühlen, dann eilte er in eine Handschuhladen und war gerade daran, unter den vorgelegten Waren etwas auszuwählen, als seine Mutter eintrat und ebenfalls Handschuhe begehrte. Während der Kaufmann mit vielen Büdingen das Begehrte herbeibrachte, hatte die Dame ihrem Sohn einen Kettel zugehoben, auf welchem nur die paar Worte standen: „Bei David, dem Zahnarzt, hier gegenüber.“

Georg bezahnte die Handschuhe und ging mit einem Blick auf seine Mutter hinaus. Er war voll Bitterkeit gegen seinen Stiefvater, auf dessen Schuld er alle diese Heimlichkeiten, unter welchen sein Stolz leiden mußte, setzte.

„Gott verdamme ihn,“ murmelte er für sich, „bin ich ein Sklave oder ein Hund, so behandelst du mich: ich habe nichts getan, was dergleichen rechtfertigt.“

Bei dem Zahnarzt angekommen, wurde er in das Wartezimmer geführt. Es war kein Mensch darin und er setzte sich ruhig hin, bis er das Mädchen gleich darauf wieder im Eingange reden hörte. „Mr. David sei nicht zu Hause,“ sagte sie zu einer Dame, welche nach demselben fragte, „Missady möge aber in das Wartezimmer gehen, es sei nur ein Herr darin, und der Arzt würde wohl bald erscheinen.“

Im nächsten Augenblick trat seine Mutter ins Zimmer, ihre Augen blickten ihn liebevoll an, ihr Arm schlang sich um seinen Nacken und die lieben Worte der treuesten Freundin, welche er auf Erden besaß, kühlt die Wunden seines verletzten Herzens.

„Du siehst heute viel besser als neulich aus, mein teurer Sohn“ — sagte die Dame, indem sie die Hände auf seine Schultern gelegt, ihn zärtlich anblickte. „Es ist wohl die Hoffnung auf deine erfüllten Wünsche, welche dich heiter blicken läßt; sei nur nicht böse, daß ich das Geld noch nicht bringe, es ist nur eine kurze Frist.“ fügte sie hastig hinzu, als sie ein sichtbares Erschrecken sah, „in zwei oder drei Tagen werde ich es erhalten. Vertraue mir nur, mein Kind, ich bin sicher, daß ich es bekommen werde, und wenn es dich von deiner Last befreit, so bereue ich den Preis nicht, welchen ich dafür zahlte.“

Georg blickte ängstlich auf seine Mutter. „Was hast du getan?“ fragte er sie.

(Fortsetzung folgt.)

Neueste Nachrichten.

— Weimar, 2. April. Zwischen Mitgliedern der Mehrheitspartei und der Regierung haben in den letzten Tagen mehrfache und eingehende Besprechungen über die Frage der Verankerung des Räte systems in der Verfassung stattgefunden, die nunmehr zu einer Entscheidung über den einschlägigen Weg geführt haben. Schon in den allerersten Tagen wird von der Regierung ein neuer Artikel der Verfassung gebracht werden, der diese Verankerung enthält. Man nimmt an, daß dieser Vorschlag die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung findet.

— Stettin, 2. April. Aus Laßeb wird berichtet, daß auf den Rittergütern Voigel und Natamers die Landarbeiter in den Zustand getreten sind, um Lohnforderungen durchzusetzen. In Neutirchen erschienen Arbeiter aus Natamers mit roter Binde und veran-

lasten die dort tätigen Arbeiter, sich ihnen anzuschließen. Da sogar die notwendigsten Arbeiten, wie das Viehfüttern, verweigert wurden, mußten sich die Besitzherren entschließen, die Forderungen der Arbeiter restlos zu erfüllen.

— Bochum, 2. April. Zu einem allgemeinen Ausstand, der gestern im Ruhrrevier ausbrechen sollte, ist es noch nicht gekommen. Der geplante Generalstreik ist zu einer wilden Streikbewegung ausgeartet, in der soweit System liegt, als daß eine spartakistische Sabotage stattfindet, die planmäßig vorbereitet ist. Die Bewegung hat diesmal einen ersten Charakter angenommen, weil die Wasserversorgung, die Gas- und Elektrizitätserzeugung an vielen Stellen gestört ist. Bisher wird auf 75-80 Schachtanlagen mit einer Belegschaft von rund 58000 Bergleuten gestreikt. Eigentümlich wirkt es, daß der Streik im Hamborner und Duisburger Revier, der Hauptzentrale der Spartakisten, noch nicht zum Ausbruch gekommen ist.

— Frankfurt a. M., 2. April. Bei der Säuberung der Straßen kam es gestern auf der Zeil zu Schießereien, weil aus den Fenstern auf die Polizei gefeuert sein sollte. Ein Schuhmann und ein Hilfspolizist wurden verletzt. Mehrere Einwohner der betreffenden Häuser wurden verhaftet. Die Zahl der Todesopfer der vorgestrigen Unruhen hat sich auf 16 erhöht.

— Haag, 2. April. Die erste Versammlung der Finanzkommission der Friedenskonferenz mit den deutschen Vertretern wird am Donnerstag in Compiègne stattfinden, wo für unbestimmte Zeit die Sitzungen abgehalten werden sollen, um den Austausch von deutschen Wertpapieren gegen Lebensmittel zu regeln. Nach der ersten Sitzung wird kein Mitglied der assistierten Finanzkommission in Compiègne bleiben, da die übrigen Mitglieder der Kommission zu Ende geführt werden kann. Außer in Compiègne wird eine Kommission in Köln für die Beschaffung der Rohmaterialien tätig sein, eine weitere in Rotterdam für die Regelung der Nahrungsmittellieferung und eine in Spa, die die Einzelheiten der Uebernahme der deutschen Schiffe zu studieren hat.

— Rotterdam, 2. April. In einem inspirierten Telegramm des Pariser Korrespondenten des „Nieuwe Rotterdam Courant“ erklärt er, daß der Verband nicht darauf bestehe, Danzig polnisch zu machen. In dieser und in der Sarrebudenfrage werde das Selbstbestimmungsrecht ausschlaggebend sein. Allerdings brauche Polen einen Ausweg über Danzig, und ebenso hätten die Franzosen die Kohlengruben des Saarreviers nötig, aber trotz alledem würden unter keinen Umständen neue Fälle eisab-löthringischer Art geschaffen, sonst schwebt Europa stets in der Gefahr neuer Kriege. Man scheint in Paris einen Mittelweg gefunden zu haben, der alle Parteien befriedigen wird. Die Lö-

lung der Danziger Frage würde entweder in der Neutralisierung Danzigs und der Eisenbahnlinie, die die Stadt mit der polnischen Grenze verbindet, oder in der Anwendung des Mandatur-Systems gefunden werden.

— Rotterdam, 2. April. „Daily Telegraph“ meldet Montag aus New York: Der Korrespondent der „New York Times“ bei der Friedenskonferenz, Dulahan, trahet seinem Blatte, daß Amerika sich von der Friedenskonferenz zurückziehen dürfte. In seinem Telegramm heißt es: „Werden die Umstände auf der Friedenskonferenz nicht besser, dann ist es wahrscheinlich, daß der Welt eine große Sensation bereitet wird. Tatsächlich sind die Sitzungen des Rates der Vier auf einem toten Punkt angelangt. Diese ganze Woche ist vergeudet worden, und inzwischen haben die Dinge eine weitere Krisis erreicht, so daß der Zustand sich verschlechtert, anstatt verbessert hat.“

— Genf, 2. April. König Albert von Belgien ist im Flugzeuge in Paris angekommen, wo er sich einige Tage aufhalten wird. Seine Anwesenheit hängt augenscheinlich mit der Beratung der Belgien betreffenden Fragen auf der Friedenskonferenz zusammen.

— Genf, 2. April. Nach angeblich aus gut unterrichteter Quelle stammenden Nachrichten der Pariser Blätter beginnt am Mittwoch der Vizepräsident seine abschließenden Beratungen über den Vorkrisen. Es soll als sicher gelten, daß eine nicht allzu hohe Summe gefordert werden solle. Die Entschädigungssumme soll in jährlich sich steigenden Raten bezahlt werden. „Echo de Paris“ meint, daß die Schuld Deutschlands in 20 Jahren abgetragen werden soll. Ueber die endgültige Verteilung der Kriegsentschädigung unter die Verbündeten ist es bereits zu einer Einigung gekommen. Die Blätter meinen, daß man sich auch in territorialer Hinsicht darauf gefast machen könne, daß Frankreich unter dem Druck der Verbündeten sich zu Konzessionen verstehen müsse.

Abteilung: Damenhutputz.

Ausstellung von
Damen- / Backfisch- / Kinderhüten.

Getragene Hüte werden auch unter Verwendung aller Zutaten umgearbeitet. Hüte zum Umsetzen werden jederzeit angenommen. Grosses Lager in Formen, Bändern, Hülsen, etc. Fantaisies, Reithern und allen sonstigen Zutaten.

Kaufhaus Schocken
Auc. i. Erzg.

Junges Fräulein,
22 Jahre alt, sucht Stellung als
Geschäftsbeihilfe. Offerten unt.
Nr. 99 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stotterer
erhalten gratis meine Broschüre
über die Ursache des Stotterns und
die Beseitigung desselben ohne Arzt
und ohne Berufsstörung (D. R. P.).
Die Zusendung erfolgt sofort in
Kouvert ohne Firma vollständig
kostenlos. H. Steinmeier, Hagen-
burg (Schraub.-Rippe).

**Prima Runkelrüben,
Prima gelbe Kohlrüben,**
hat in Ladungen fortwährend bil-
ligst abgegeben
Paul Jansch, Wilsau Sa.
Telefon Amt Wilsau Sa. 438.

**Herrschaftliches
Hausgrundstück,**
gut und massiv gebaut und in be-
stem Zustande, in allerbesten Lage
von Eisenstod ist günstig zu ver-
kaufen. Das Grundstück eignet
sich auch vorzüglich zu Geschäfts-
zwecken. **W. Lunebach,**
Roichenbach i. B., Fernruf 697.

Kaufe
jeden Posten Hand- und Schiff-
chongarne, Bobinen, Seide und
Kunstseide. Preis, Mengen und
Muster an
A. Schlesinger,
Oberschlema.

Giebelwohnung mit Schlafstube
ab 1. Juli zu vermieten.
Guido Hühlgr.

Lose
der 174. Sächs. Landes-Lotterie
Ziehung der 5. Klasse vom 2.-30. April 1919
hält empfohlen
Gustav Emil Tittel,
Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme.

Rühriger Plakvertreter
für erstklassigen Monopolvertrieb für Eisenstod und Umgebung gesucht.
Nur äußerst tüchtige und zuverlässige Herren (auch Firmen) wollen
ausführliche Angebote unter M. B. 47 an die Geschäftsstelle dieses
Blattes einreichen.

Klavierbauer und -Stimmer
von der Firma **H. Rals, Klavierbau-Anstalt, Auc. i. Erzgeb.,**
Fernruf 170, befindet sich auf Bestellung einige Tage hier und nimmt
gelegentlich weitere Bestellungen durch die Geschäftsst. d. Bl. entgegen.

Zwei Kurbelstickerinnen
für sofort gegen hohen Lohn gesucht.
C. Kleinstricker, Düsseldorf (Rheinland),
Corneliusstr. 23.

Herrengehpelz
von einwandfreier Beschaffenheit
gesucht.
Otto Schachner,
Oberschlema.

Ein alter, noch brauchbarer
Maschinen - Ofen,
sowie 2 Dauerbrand-Ofen ab-
zugeben bei **Oswald Seidel.**

6 Stück Fensterladen
zu verkaufen am Stern 2.

Hausgrundstück
mit Baden — auch als Werk-
stätte geeignet — und Garten
unter günst. Bedingungen zu ver-
kaufen. 3-4000 M. erf. Angeb. unt. H.
G. 20 an die Geschäftsst. d. Bl.

Halbetage (33.)
sofort oder später zu vermieten.
L. Heisel, Bodelfstr. 10.

Eine Halbetage
sowie Stube und Kammer ab
1. Juli zu vermieten
Gasanstaltsweg 7.

Zu kaufen gesucht:
3-7 m breite Füllensäge, Sei-
denborden und Nähgeborden
in bunt, Fahnenstoffe in allen
Farben. Ferner anstehende **Ähren-,
Buchen-, Tannen- und Fichten-
stämme.**
Anton Klein,
Marktneufkirchen.

2fache Garne:
von 50/2 bis 160/2 in Strang- oder
Kreuz-Spulen sucht zum Selbstver-
brauch zu kaufen
Arno Ploss,
Elfeld i. Vogtl.,
Hauptstraße 105 G.

Das von Herrn Kaufmann Wei-
ster bewohnte
Logis,
1. Etage, Feldstraße Nr. 11,
ist vom 1. Juli ab fortzugshalber
anderweitig zu vermieten.
Frau verw. Schildbach.

**2 kleinere
Wohnungen,**
entl. im ganzen, per 1. Juli zu
vermieten. Näheres durch
Curt Baumann.

Wohnung
mit **Baden** und **Verf. st.** sofort
preiswert zu vermieten. Wo, zu
erfahren in der Geschäftsst. d. Bl.

Ein Paar Militär-Schuhe,
29 cm, und ein Paar neue
Herren-Zugstiefel, 27 cm, sind
zu verkaufen.
Paul Voigt, Schuhmacher,
Magazinstr. 6.

Schöne gesunde
Futterrüben
hat noch abgegeben
Heinrich Bauer.

Dringmaschine
zu kaufen gesucht.
**Schneebergerstraße 2,
1. Stockwerk.**

Sin geb. Kinderwagen,
in noch gutem Zustande, und einen
Nähstich verkauft
Paul Schmidt, Gundsühel.

Bücher
werden gut und sauber eingebunden
bei
Max Hehnert,
Poststraße 18.

Steuer-Quittungsbücher
à 15 und 25 Pfg.
für sämtliche Steuern benutz-
bar, hält vorrätig
Emil Hannobohn.

Bestellungen
auf das „**Amis- und Anzeig-
blatt**“ werden noch fortwährend
bei unsern Boten, bei sämtlichen
Postämtern und Landbriefträgern
und in der Geschäftsstelle d. Bl.
angenommen und die seit dem 1.
April er. erschienenen Nummern,
soweit der Vorrat reicht, nachgeliefert.
Geschäftsstelle des Amisblattes.
Den fälligen Abonnements-Betrag
bitten wir nur gegen gedruckte
Quittung an unsere Boten ver-
absolgen zu wollen.